

Schreiben von Franz Etzel an Jean Monnet (Baden-Baden, 27. April 1955)

Legende: Am 27. April 1955 informiert der Deutsche Franz Etzel, Vizepräsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), Jean Monnet über ein Gespräch mit Alfred Müller-Armack, dem Berater des bundesdeutschen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard. Dabei distanziert er sich ausdrücklich von den Ansichten Erhards über Europa.

Quelle: Bundesarchiv, Koblenz, Potsdamer Str. 1 56064 Koblenz. <http://www.bundesarchiv.de>, Bundesministerium für Wirtschaft, BArch B 102/11580.

Urheberrecht: Bundesarchiv Koblenz

URL:

http://www.cvce.eu/obj/schreiben_von_franz_etzel_an_jean_monnet_baden_baden_27_april_1955-de-cdf28eee-5fe6-4bcc-8cob-d9f5ee59ab8a.html

Publication date: 05/11/2015



Schreiben von Franz Etzel an Jean Monnet (Baden-Baden, 27. April 1955)

Lieber Herr Monnet,

Ich habe gestern unser gemeinsames Anliegen mit Herrn Professor Müller-Armack in einer sechsstündigen Diskussion eingehend durchgesprochen.

Es lag mir zunächst daran, den Erhard'schen Gedanken entgegenzutreten und unseren eigenen Vorstellungen Raum zu geben. Ich glaube, dass mich Herr Professor Müller-Armack verstanden hat. Im Grundsätzlichen war er mit mir einig, dass die europäische Integration auf der institutionellen Basis fortentwickelt werden muss. Er war allerdings der Auffassung, dass man hierzu einen Weg beschreiten sollte, der genügend populär ist, der eine Wirkung in die Breite hat und deswegen auch Aussicht, die Phantasie der europäischen Völker genügend anzuregen. Seiner Auffassung nach enthält Ihr Entwurf besonders am Ende noch einige Unklarheiten und müsste an einigen Stellen noch weiter durchdacht werden.

Wir hatten natürlich keine Möglichkeit, einen vollständig neuen Plan zu machen. Wir haben aber in insgesamt 7 Punkten die Gedanken einer möglichen Ausweitung der europäischen Integration niedergelegt. Ich füge Ihnen in der Anlage eine Abschrift dieser 7 Punkte bei und möchte im einzelnen dazu wie folgt Stellung nehmen:

Zu Punkt 1:

Die Abrundung unserer jetzigen Zuständigkeit mit Atomenergie und Verkehr entspricht Ihrem Vorschlag. Sie bedarf aber noch einer genaueren Definition, was unter Verkehr im einzelnen verstanden werden soll und worauf sich die Zuständigkeit eines supranationalen Organs erstrecken soll. Herr Müller-Armack meinte, vielleicht genüge hier, dass die neue supranationale Behörde lediglich koordinierende Aufgaben zwischen den Regierungen der sechs Mitgliedstaaten vornehme, ohne eine unmittelbare Zuständigkeit auf die Verkehrsträger zu haben.

Die Ausdehnung auf Gas wird vielleicht einfach sein, da ein Gasaustausch im Augenblick nur zwischen Deutschland, der Saar, Frankreich und Holland besteht. Hier handelt es sich um einen Austausch zwischen den Mitgliedsländern.

Bei Elektrizität entsteht die Schwierigkeit, dass der faktische Austausch zwischen den Mitgliedsländern nicht sehr gross ist, aber ein grosser Austausch mit Österreich und der Schweiz besteht, die ja beide nicht zur Montanunion gehören. Ausserdem ist der Strom keine Ware und es gelten andere Regeln sowohl für den Wettbewerb als auch für die Preisstellung. Es müsste wohl überhaupt ausgesprochen werden, dass die für Kohle, Eisen und Stahl im Schuman-Plan-Vertrag niedergelegten Regeln nicht ohne weiteres für die neuen Gebiete gelten und geändert werden müssen. Das fehlt noch in ihrem Vorschlag.

Beim Erdöl könnte die Zuständigkeit nicht nur auf Heizöl ausgedehnt werden. Die Betrachtungsweise ist sehr verschieden je nachdem, ob es sich um selbstproduziertes oder eingeführtes Öl handelt. Bei eingeführtem Öl spielt das Problem des Aussenhandels der Mitgliedsländer eine grössere Rolle als bei der Kohle, und hier entstehen besondere Probleme. Herr Müller-Armack meinte, man sollte am Öl nicht festhalten.

Zu Punkt 2 :

Hier ist eine ganz neue Idee besprochen worden. Wir haben ja wohl alle das Gefühl, dass die Probleme, welche die weitere Integration stellt, sehr eingehend diskutiert werden müssen. Diese Diskussion sollte nach Ihrem Vorschlag im Anschluss an eine Art Schuman-Plan-Erklärung vorgenommen werden, welche diesmal nicht durch den französischen Aussenminister, sondern durch die Aussenminister der sechs Länder erfolgt. Anschliessend müsste dann eine Art Schuman-Plan-Konferenz stattfinden.

Nach dem jetzt vorgebrachten Plan wird das Verfahren gewissermassen umgekehrt. Man einigt sich

lediglich darauf, dass zur Förderung des werdenden Europas grundsätzliche gewisse gemeinsame Spielregeln für den Wirtschaftsaustausch der bisher selbständigen nationalen Wirtschaften entwickelt werden müssen. Man einigt sich auch auf welchen Gebieten das der Fall ist und fasst diese Gebiete relativ weit. Ein bedeutsames Gebiet wäre sicherlich ein allgemeiner Zollabbau, gemeinsame Regeln gegen die Wettbewerbsbeschränkungen gemeinsame Regeln für das Verbot von Diskriminierungen, Gewährung von Subventionen usw. Sie müssten als grundsätzliche Zielsetzungen anerkannt werden. Sie werden im einzelnen noch nicht vereinbart, sondern einem zu wählenden Parlament übertragen, welches gemeinsam mit der Hohen Behörde die Möglichkeiten und den Inhalt solcher Ziele erarbeitet und sie dann den sechs Mitgliedsregierungen zur Annahme empfiehlt.

Ich glaube, dass dieser Gedanke ausgezeichnet ist, und wir sollten ihn uns sehr überlegen. Wir hätten sogleich ein gewähltes Parlament, dem zwar noch keine Souveränitätsrechte zuständen, das aber die Aufgabe hätte, gemeinsam mit der Hohen Behörde wohl überlegte und durchdiskutierte Vorschläge zu machen, welche die Regierungen dann später annehmen und für welche sie die Souveränitätsrechte an die supranationalen Institutionen abgeben.

Zu Punkt 3:

Dieser Gedanke dient der Idee, dass die wirtschaftliche Lage Europas inzwischen so ist, dass es sich im Kapitaldienst selbst helfen kann. Hier könnten die sechs Mitgliedsländer sich und den anderen unterentwickelten europäischen Ländern gute Dienste leisten.

Zu Punkt 4:

Das Bemühen um die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, das immer wieder an dem nationalen Egoismus der Staaten scheitert, muss weiter entwickelt werden. Hier liegt nicht nur ein Interesse Italiens, sondern auf die Dauer auch der anderen Länder vor, weil infolge der anhaltenden Konjunktur und des Eintritts der kriegsschwachen Jahrgänge in den Erwerb die Probleme der Lenkung des Arbeitsüberschusses des Südens nach dem Norden Europas sicherlich wachsen werden.

Zu Punkt 5:

Die O.E.E.C. hat eine Produktivitätszentrale für ihren Raum geschaffen. Eine solche wäre auch für unsere Zuständigkeiten eine durchaus mögliche Hilfe der Förderung der europäischen Zusammenarbeit.

Zu Punkt 6:

Hier haben wir gedacht, der Jugend durch eine Art europäische Universität, welche die sechs Mitgliedstaaten schaffen, eine sichtbare Dokumentation für den Willen zur europäischen Zusammenarbeit zu bieten. Diese europäische Universität müsste sehr allgemein sein, und die Jugend der sechs Länder müsste dort alle Disziplinen studieren können, die eine Universität zu bieten hat, hier aber aus der Sicht der Betrachtung der sechs Nationen.

Zu Punkt 7:

Es handelt sich bei diesem Gedanken um den Versuch, den Konsumenten die praktische Existenz der Montanunion näher zu bringen und dies nicht nur wie bisher im wesentlichen dem Produzenten zu überlassen. Auch den Konsumenten müsste klar gemacht werden, dass es sich bei der Darbietung von Energie nicht nur immer entweder Kohle oder um Gas oder um Öl handeln kann, sondern dass diese Dinge alternativ dargeboten werden je nach dem technischen Bedarf, welches das besser ist.

Ich bitte Sie, sich dieses Gespräch einmal zu überlegen und gegebenenfalls die Gedanken in Zusammenarbeit mit unseren Freunden und Mitarbeiter zu vertiefen.

Mit herzlichen Grüßen bin ich

Ihr Franz Etzel